

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringender monatlich 80 Pf. Zum Vorbezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 166.

Dresden, Montag den 21. Juli 1913.

24. Jahrg.

Wie das Berliner Tageblatt meldet, ist gegen Mitglieder des Direktoriums der Firma Krupp ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Die französische Kammer nahm das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit mit 368 gegen 204 Stimmen an.

In Serbien bei Rahenna wurde ein pensionierter höherer Militär wegen Spionageverdacht verhaftet.

Die Posten hat den Mächten wissen lassen, daß sie sich gegen die Linie Mariga-Adrianopel zu befegen.

Die Serben und Griechen berichten vom Kriegsschauplatz zur Siegt.

In Biffa von kam es zu blutigen Kämpfen.

Ein Sieg der militaristischen Reaktion.

Die deutsche Regierung darf sich beglückwünschen! Der Sieg der deutschen Militaristen hat einen Sieg der französischen Militaristen. Der Sieg der deutschen Reaktion einen Sieg der französischen Reaktion geboren.

Die französische Kammer nahm am Sonnabend das gesamte Gesetz über die Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit mit 368 gegen 204 Stimmen an.

Der tapfere Kampf unserer französischen Genossen hat am dem Siege der Dreijährreaktion nicht viel ändern können. Es gegen das Gesetz stimmende Minderheit bestand aus den Mitgliedern der demokratischen Linken, 20 Linkradikalen, 16 Radikalsozialisten, 24 sozialistischen Republikanern, 71 gemäßigten Sozialisten und einem Unabhängigen. Zwölf Deputierte enthielten sich der Abstimmung. 20 waren mit Urlaub ausreisend. Im übrigen weist das Gesetz in seiner jetzigen Form eine Reihe nicht unwesentlicher Änderungen gegenüber dem Regierungsentwurf auf, die durch die zahlreich angenommenen Amendements geschaffen worden sind.

Ueber den Kampf der letzten Tage vor Annahme des Gesetzes wird uns aus Paris unterm 18. Juli geschrieben:

Wiederum hatte die Armee-Kommission die Herabsetzung der militärischen Altersgrenze von 21 auf 20 Jahre abgelehnt, obwohl die Regierung ihre Stellungnahme dazu geneigt, und schließlich hat sich die Kammer doch mit einer knappen Mehrheit dafür ausgesprochen, nachdem der Ministerpräsident hatte durchhaken lassen, daß er zwar die Verträglichkeit nicht zu stellen gedachte, aber die „20 Jahre“ doch empfahl. Die ärztlichen Ausfagen standen sich schroff gegenüber: während die eine Autorität dringend davor warnte, die Rekruten schon im Alter von 20 Jahren einzustellen, machte sich die andere Verächtlichkeit fast lustig über alle Bedenken. Und so es der Regierung wie der Kammermehrheit, die für die Beibehaltung der Jahresklasse von 1910 stimmte, vor allem daran lag, einen Weg zu finden, der diese Jahresklasse zur normalen Zeit aus den Kasernen führte, so war es vorauszuweisen, daß die zwanzig Jahre angenommen würden. Natürlich hielten sich die Regierungsvertreter, den Hauptgrund anzugeben. Und die verschiedenen sehr präzisen Fragen, die Jours in mehreren Sitzungen an den Ministerpräsidenten und an den Kriegsminister richtete, blieben entweder völlig unbeantwortet oder fanden eine ausweichende Erwiderung. In der reaktionären Presse wird das Spiel zum Teil fortgesetzt. Der Temps bringt es z. B. fertig, über die Herabsetzung der Grenze auf 20 Jahre zu schreiben, ohne die unmittelbare wichtigste Folge, die sichere Entlassung der Jahresklasse von 1910 im Herbst, auch nur zu erwähnen, um ja bei denen Lesern den Eindruck nicht zu erwecken, als ob die Sozialisten recht gehabt hätten, als sie prophezeien, die Regierung würde es schließlich doch nicht wagen, ihre ungelegte Maßregel durchzuführen, der Hilfe der Kammer zum Trotz. Andere Blätter, die der dreijährigen Dienstzeit freundlich gesinnt sind, geben jedoch ganz offen zu, daß der Wunsch, die Jahresklasse von 1910 entlassen zu können, eine große Rolle spielte. Da die Kammer es ablehnte, einen gewissen beschränkten Prozentsatz freizusetzen bei der Aushebung der Klasse von 1913 20 Jahre alt wird, so wird es tatsächlich möglich sein, die Jahresklasse 1910 ganz zu entlassen.

Die Kasernenunruhen haben also ihre Früchte getragen und diejenigen, die heute in den Strafbatalionen und in den militärischen Gefängnissen hängen, können wenigstens die Genugtuung haben, daß sie nicht umsonst die Seite der Empörung gewagt hatten. Denn es ist gar keine Frage, daß die Herabsetzung von 21 auf 20 Jahre nicht einmal zur Unterstützung gekommen wäre ohne die Ereignisse in Loul, Belort, Rodex usw. Die Sozialisten haben übrigens gegen die 20 Jahre gestimmt, weil sie nicht die Freilassung der einen mit dem Preisgeben der Gesundheit der anderen erkaufen wollten.

Mitten in die Diskussion über die „Modalitäten der Reform“ fuhr eine Entzündung der radikalen Kurore, die das Prinzip der drei Jahre selbst betrifft. Von den Verteidigern der dreijährigen Dienstzeit, ob sie in der Regierung, in der Armee-Kommission, in der Presse oder sonstwo saßen und tätig waren, wurde bekanntlich immer und immer wieder bei jeder

Gelegenheit das „einstimmige Votum des obersten Kriegsrats“ zugunsten der drei Jahre angeführt. Die berüchtigt gewordene Sitzung des Obersten Kriegsrats hatte unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, Poincaré, stattgefunden in Anwesenheit des Ministerpräsidenten, der sich damals noch Briand nannte, und des Kriegsministers Etienne. Ueber das, was in jener geheimen Sitzung vorging, war bis heute nichts ganz Authentisches bekannt geworden. Nach einer dreistündigen Verhandlung, von der man nie erfährt, ob es eine Diskussion war oder ein Verlesen von verschiedenen Projekten, wurde Frankreich verlobt, daß sich alle Generale für die drei Jahre ausgesprochen hätten. In republikanischen Kreisen war man nicht wenig davon überrascht, da sich unter den Mitgliedern des Obersten Kriegsrats einige befanden, von denen man bis dahin angenommen hatte, daß sie die dreijährige Dienstzeit für völlig genügend ansahen und daß sie nicht so leicht in reaktionäre Reue gehen würden. Dazu gehörte u. a. der Generalissimus Joffre. Nun veröffentlicht die Aurore Auszüge aus einem Schriftstück, das den Generalen vorgelesen wurde, ehe man sie um ihre Meinung fragte. Das Dokument besaß folgenden Inhalt in zahlreichen Variationen: „Nur die dreijährige Dienstzeit kann uns helfen“. „Denn nur sie gibt genügend „alte Soldaten“, verschafft dem Dienst die nötige Stabilität und die notwendigen Bestände, nur sie verleiht der Armee die rationelle Organisation, die die Entwicklung der Marokkopolitik erfordert“. Und aus alledem folgert die Aurore: Der Oberste Rat hat demnach die dreijährige Dienstzeit auf Befehl gutgeheißen. Und auf welchen Befehl? Auf Befehl des Herrn Poincaré.

Das Dokument, das die Aurore besitzt, ist erdrückend für den Präsidenten der Republik, den es persönlich trifft. Herr Poincaré hatte den harten Schlag, den diese Enthüllungen über seine Rolle seiner niedergehenden Popularität beibringen werden, nicht nötig.

Der letzte Tag.

Paris, 19. Juli.

Die Kammer nahm ein Amendement an, durch das verheiratete Soldaten von der Personalsteuer befreit werden, wenn diese weniger beträgt als zehn Frank. Ein von dem Sozialisten Kossowet beantragtes Amendement, durch das den wegen Kundgebungen gegen die Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit verurteilten Militärpersonen eine Amnestie gewährt werden sollte, wurde mit 406 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Im Verlaufe der Sitzung kam es wiederholt zu Zwischenfällen. Zum Schluß der bis 11^{1/2} Uhr nachts dauernden Sitzung wurde das Dreijahrgesetz in seiner Gesamtheit mit 368 gegen 204 Stimmen angenommen. Die Sitzung hatte einen ziemlich bewegten Verlauf genommen, insbesondere als Caillaux im Namen der Radikalen eine längere Erklärung abgab, in welcher er die im Laufe der Debatte gegen das Dreijahrgesetz vorgebrachten Kritiken wiederholte. Er bezeichnete das Gesetz als ein Stegreifgesetz, das, voller Unklarheiten und Widersprüche, ein Werk der rücksichtslosen Parteien sei. Barthou habe sich über die Stimmen von 200 Republikanern hinweggesetzt. In heftiger Weise tabelte er die Finanzpolitik des Ministeriums. (Verhörter Beifall links.) Ministerpräsident Barthou entgegnete in scharfer Tone und sagte unter anderem, Caillaux habe aus einer Frage der nationalen Verteidigung eine politische Frage gemacht. Die Regierung habe bei der Erörterung des Dreijahrgesetzes keine Parteien und Gruppen, sondern nur Franzosen vor sich sehen wollen. (Stürmischer Beifall auf einem Teil der Linken, im Zentrum und auf der Rechten.) De la Porte verlas im Namen der gemäßigten Sozialisten einen heftigen Protest gegen das Dreijahrgesetz und gegen die „pseudonationale Politik“ des Präsidenten Poincaré.

Bayrische Zentrumsnöte.

Aus München wird uns geschrieben: Für die Wehrhaftigkeit des Reiches... Für eine gesunde Finanzpolitik... Für eine größtmögliche Sparpolitik... Für unsere bedrückte Wirtschaft und Schutzpolitik... Für die Wahrung der Volksrechte... Für christliche Kulturpolitik... Für Erhaltung von Thron und Altar... Das Zentrum ist eine wahre Volkspartei.

So wurden die Wähler in dem Wahlkreis angeführt, mit dem das Zentrum in die Reichstagswahlwahl Weidmann zog. Und die Wirkung des Gesetzes war, daß die Wähler beinahe dem seit 1874 im höchsten Besitz des Zentrums befindlichen, durchweg ländlichen Kreis der rechten Volkspartei, den Thron- und Altarpartei, den christlichen Kulturpolitikern weggewählt hätten. Bei den Wahlen von 1912 siegte das Zentrum noch, mit einem Vorsprung von mehr als 6000 Stimmen über alle Gegner. Diesmal betrug die Mehrheit nur noch 429 Stimmen, der Verlust gegen 1912 mehr als 3600 Stimmen, während der Bauernbündler fast 3500 Stimmen mehr auf sich vereinigete. Wenige hundert Stimmen mehr auf der Gegenseite, und das Zentrum wäre in die Stichwahl gedrängt, und dann hätte es, wie kürzlich bei der Landtagswahlwahl Mallerstorf, den Preis verlieren. Das Charakteristische dieser Ereigniswahl ist der starke Aufschwung der Bauernbündler in der radikalen Richtung eines Eisenbergers, der gegen das Zentrum kandidierte. Seitdem bei den letzten Landtagswahlen die Bauernbündler mit den Sozialdemokraten und Arbeitern zusammengegangen, verdrängt das Zentrum einen Hauptteil seiner agitatorischen Arbeit darauf, wenigstens die Bauernbündler dem „Volksrad“ abzuspielen. Das ist die geheime Angst, die das Zentrum in den letzten Jahren verfolgte: der Abfall der Bauern zum Zentrum, die Emanzipation von der Kleinrentenführung. Immer wieder wurde der Bauernbund genannt, seinen Mut durch die Verbindung mit sozialdemokratischen Bauernfreunden und liberalen Gottesläugnern behel-

zuführen. Die Weidheimer Wahl hat gezeigt, daß in Wahrheit durch die Verbindung mit der Linken die Bauernbündler sich so heftig entwickeln, daß die einzig so schürmische, von der Herrlichen Gängelung losgelassene bayerische Bauernbewegung zukunftstrotz wieder erstanden und heute schon so stark ist, um — wie in Weidheim — dem Zentrum geradezu Katastrophen zu bereiten.

Die Zentrumspresse ist denn auch trotz der Erhaltung des Mandats wie vor den Kopf geschlagen. Der bayerische Kurier führt den Erfolg Eisenbergers auf seinen politischen Radikalismus zurück: „Die Hauptursache der Stimmerverschiebung ist... in den großen Militär- und Steuerlasten der letzten Zeit zu suchen... Eisenberger hat immer mit besonderer Betonung darauf hingewiesen, daß seine Partei es gewesen sei, die im Reichstag nicht bloß gegen die Herabsetzung, sondern auch gegen die Verdrängung der Reichstagsabgeordneten Rang und Dauer hätten Rücksicht genommen auf den ohnehin schwer belasteten Bauernstand und gegen die Milliardenverleumdung... Der Einbruch auf die Bauern blieb: sie sahen nur, was die Bündler taten, nicht aber, was die Zentrumspartei aus notwendigen Gründen nicht unterlassen konnte. So ist es denn gekommen, daß diese Bauern die bisher treu zur Zentrumssache hielten, durch die bündlerische Hege wandern wurden und Eisenberger wählten.“ Dieses Geschwätz gibt höchlich die bayerische Stimmung gegen die Militärverleumdung richtig wieder. Die Wahl ist eine bayerische Demonstration gegen die Militärlasten. Aber das ist nicht die ganze Erklärung. Es ist kein Zufall, daß gerade in Bayern die Abkühlung des Zentrums sich zuerst vollzieht. Es ist die Aufklärungsarbeit, die wir dem Ministerium Herling verdanken. Seitdem wir ein flexibles Ministerium haben, hat der Bauer überaus schnell gelernt, die Verantwortung für die politische Politik den wirklich Verantwortlichen zuzuwenden, der Verfallenen Partei. Er hat das feudalkapitalistische Wesen der schwarzen Weidspartei erkannt, über das man ihm bisher mit allen Kräften der Zentrumsdemagogie getuschelt hat.

Die Entwicklung einer unabhängigen Bauernbewegung von politisch-radikaler Färbung ist unter allen Umständen als ein Fortschritt zu begrüßen, nicht zum wenigsten wegen der dann zu erwartenden Klärung auch der wirtschaftspolitischen Fragen. Die Sozialdemokratie kann sich sehr wohl über ein bayerisches, niemals ein landweites Agrarprogramm verständigen. Die politische Emanzipation der Bauern würde auch darüber allmählich Klärung schaffen, daß die heutige Schutzpolitik auf die Interessen des Broterwerbenden zugeschnitten und durchaus bauernschädlich ist. Das sozialistische Militärprogramm ist vor allem bauernentlastend; die Anträge unserer Fraktion zur Militärverleumdung finden schon heute auf dem Lande Verständnis und Zustimmung. Auf dem Gebiete der Organisation wären vor allem Landwirtschaftskammern anzustreben, in denen das bäuerliche Element herrscht; in Bayern haben die Jahresklasse der Zentrumsherrschaft, trotz aller bauernfreundlichen Geredes, solche Organisation nicht zu erreichen vermocht, man hat sie im Gegenteil verhindert. In der Sozialpolitik wäre hauptsächlich die Befreiung der Futtermittelindustrie anzustreben. Das Wichtigste aber wäre eine vernünftige Verbindung der bäuerlichen Produktion und des bäuerlichen Konsums durch direkten Verkehr der Bauern mit den proletarischen Konsumgenossenschaften und durch Förderung kommunaler Lebensmittelversorgung.

Die Katastrophe von Weidheim hat auch die Brandbreite des Dr. Heim nicht zu verhindern vermocht, der, lange in der politischen Versäuberung verstrickten, plötzlich in letzter Stunde als Heiliger des Zentrums auftauchte und in einer großen Bauernversammlung gegen das Ministerium Herling nach allen Regeln der Zentrumsdemagogie best. Sinn und Wortlaut seiner Ausführungen war, daß es noch nie in Bayern ein so unschlagbares, faules, bauernfeindliches Ministerium gegeben habe wie dieses Zentrumsministerium. Seinen Zuhörern hat Dr. Heim mit diesen Wahrheiten über ein Verhängnis bereitet. Sonst aber lachte man über diese unsäglich blumige Wästelrede einer besetzten Opposition, die einestweil begründet, den Ruf der christlichen Volkspartei durch einestweil Schimpf auf die Minister wieder aufzurichten, andererseits auch das Ministerium Herling von dem mächtigen Vorwurf zu reinigen, daß es nicht wie ein reines oder Zentrumsvorwurf sei. Es ist schade um den Bauernvorkämpfer. Seine guten Anlagen und realistischen Absichten sind im Zentrumsschlamm verkommen. Was es mit dieser radikalen Kriegserklärung des Leiters der christlichen Bauernvereine gegen die Regierung Herlings in Wahrheit auf sich hat, erkennt man aus einer Anrede des bayerischen Wochenblatts, der zufolge kürzlich der Hilfsadjutant Heims, Herr Reichner, bei den unschlagbaren, faulen und bauernfeindlichen Ministern sich um die Befreiung des Dekomunizierten für sich und des Hofrats für seinen Herrn und Helfer, eben den Zentrumsdemokraten Dr. Heim — vergeblich bemüht habe.

Es ist schade um den Dr. Heim. Er ist am Zentrum zugrunde gegangen. Ohne die verwerfliche Parteidemagogie hätte er sich sicherlich niemals die unglückliche Torheit zuschreiben können lassen, in jener Versammlung der christlichen Bauernvereine mit einem Massenstreik der Milchbauern zu drohen. Er hat sich zwar später darauf hinausgesetzt, daß sei nur die Antwort auf die Behauptung eines Sozialdemokraten gewesen, der mit dem Massenstreik der Arbeiter als Adhäre neuer Jollwochepidemie gedroht hätte. Aber einmal hat das Dr. Heim nicht gesagt, und dann würde auch diese Ausrede seine Lage nicht verbessern. Ein Probenstreik ist eben etwas anderes als ein Proletarierstreik. Und die Hungerkassen Deutschlands auf dem Gebiet der Milchversorgung ist ein so grauenvoll mahnender Gebanke, daß seine Ausführung eine Revolution herbeiführen würde. Der Sozialdemokratie fällt es nicht ein, irgend jemand getölpelt man verhindern zu wollen, durch einen Streik seine Lebenslage zu verbessern zu suchen; sie würde auch in diesem Falle nicht die Machtmittel des Staates anrufen. Aber die Organisation eines bayerischen Kindermords unter Führung christlicher Bauernvereine würde ganz von selbst die Übernahme der Produktion durch die Gesellschaft herbeiführen. Dabei kann man nicht einmal das lächerliche Klagenplustern reden. Denn im Vorjahr haben tatsächlich die oberbayerischen Milchbauern unter christlich-radikaler Führung und mit Unterstützung aller terroristischen Mittel gegen „Streikbrecher“ versucht, zur Hebung des Milchpreises die Milchversorgung Münchens zu unterbinden. Sie sind mit diesem Unternehmen natürlich schändlich gescheitert. Eine Wiederholung des Versuchs auf deutscher Gebiets würde kein anderes Ergebnis haben.

getrennt...
nicht nur...
durch...
beruht...
getrennt...
nicht nur...
durch...
beruht...
getrennt...
nicht nur...
durch...
beruht...